

Polen

Gesamteinschätzung

Der seit über acht Jahren andauernde Wachstumsprozess Polens ist 2001 weitgehend zum Stillstand gekommen. Die Konjunktur schwächte sich schon in den beiden letzten Quartalen des Jahres 2000 (BIP-Anstieg im 3. Quartal +3,3%, 4. Quartal +2,4%) stetig ab und verlor im gesamten Jahresverlauf 2001 weiter an Fahrt (4. Quartal +0,4%). Damit ergibt sich für 2001 eine deutlich unter den Erwartungen (2,9%) liegende Wachstumsrate von nur 1,1% mit einer Rekordarbeitslosigkeit von 17,4%. Diese, vor allem durch den schleppenden Konsum (privater Verbrauch +2%, öffentlicher Konsum +1%) und die stark rückläufige Investitionstätigkeit (-10,2%) bedingte Konjunkturschwäche konnte nur teilweise durch einen positiven Wachstumsbeitrag des Außenhandels (Exporte +6%) kompensiert werden. Auch im laufenden Jahr lassen die ersten Quartalsergebnisse (BIP-Anstieg ca. 0,7%) keine fundamentale Trendwende erkennen. Demnach ist für 2002 nur mit einem Wachstum von 1% bis 1,6% zu rechnen. Trotz mehrfacher Zinssenkungen blieb die Geldpolitik restriktiv (Realzinsen von ca. 9%). Aufgrund einer rückläufigen Inflation (5,5%) und eines moderaten Leistungsbilanzdefizits (ca. 4% des BIP) fordert die neue Regierung eine weitere Lockerung der Geldpolitik, was u.a. von der Zentralbank wegen des gestiegenen Haushaltsdefizits (2002 5,5% des BIP, 2000 noch 3,1% des BIP) abgelehnt wird. Offen wird von Teilen der Regierungskoalition gedroht, die Unabhängigkeit der Zentralbank einzuschränken. Das würde allerdings einen raschen EU-Beitritt gefährden, der ohnehin durch schwierige Beitrittsverhandlungen u.a. im Bereich der Agrarpolitik bedroht ist.

Produktion und Verwendung des BIP

Das polnische Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist 2001 nach den vorläufigen Angaben des statistischen Amtes (GUS) nur um 1,1% (real, so auch die folgenden Angaben, wenn nicht anders erwähnt) gewachsen und lag damit wiederum deutlich unter den Prognosen der Regierung. Damit verzeichnet Polen nach Ungarn (1995) und Tschechien (1997) eine deutliche Unterbrechung seines bisher beachtlichen Wachstumsprozesses. Die Hoffnung auf einen kontinuierlichen und raschen Aufholprozess hat sich damit zerschlagen. Im Laufe des Jahres 2001 haben sich die Wachstumsraten vom ersten bis zum letzten Quartal (+2,3%; +0,9%; +0,8%; +0,4%) stetig verschlechtert, doch scheint der konjunkturelle Tiefpunkt durchschritten. Dennoch ist keine klare Trendwende in Sicht, da für das erste Quartal 2002 nur ein BIP-Anstieg von 0,7% prognostiziert wird. Für das laufende Jahr 2002 kann deshalb höchstens ein Wirtschaftswachstum von ca. 1% bis 1,6% erwartet werden.

Die Reallöhne (brutto) stiegen 2001 um 3,3% (2000 1,0%) und die Renten sogar um 4,7% (2000 -2,3%), sodass der private (+2,1%, 2000 +2,6%) und der öffentliche Verbrauch (+1%; 2000 -1,0%) die Konjunktur stützten. Dennoch war die kontinuierliche Wachstumsabschwächung vor allem das Ergebnis einer rückläufigen Binnennachfrage (-1,7%), verursacht insbesondere durch einbrechende Investitionen (-10,2%, 2000 3%). Unternehmen haben wegen der Konjunkturflaute Investitionsprojekte verschoben bzw. gänzlich gestrichen, zumal ihre Gewinne rückläufig und sie mit hohen Kreditzinsen konfrontiert waren. Polens Investitionsquote von ca. 19% des BIP ist nunmehr die

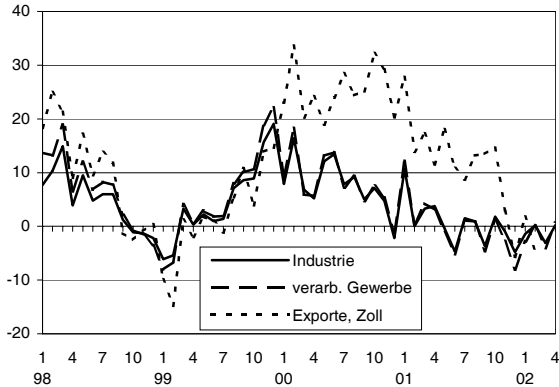
niedrigste in den EU-Kandidatenländern. Die restriktive Geld- und Fiskalpolitik hat hier ihre Spuren hinterlassen. Von der Außenwirtschaft gingen indes positive Wachstumseffekte aus, da der Export nach Angaben der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung um 10,8% stieg, die Importe jedoch um 0,1% gefallen sind. Die schrittweisen Zinssenkungen konnten die Konjunkturabschwächung faktisch nicht beeinflussen, und die Prognosen für die Binnennachfrage fallen eher enttäuschend aus (Prognose: Verbrauch +0,2%, Investitionen +1%). Der Außenwirtschaft (Prognose Export +5%, Import +2%) kommt daher weiterhin eine wichtige konjunkturelle Bedeutung zu.

Auf der Produktionsseite des BIP ist die Wachstumsabschwächung 2001 durch die Industrie (Produktion -0,2%, 2000 +6,8%) und die Bauwirtschaft (-4%, 2000 +1,4%) hervorgerufen worden, wogegen die Landwirtschaft einen Produktionszuwachs verzeichnen konnte (+4,6%). Dabei haben die rückläufigen Investitionen vor allem die Investitionsgüterindustrie negativ beeinflusst (-6%). Die Wertschöpfung des (marktorientierten) Dienstleistungssektors ist dagegen um fast 4% gestiegen. Das industrielle Produktivitätswachstum war 2001 mit einem Plus von ca. 5% (2000 +14%) ausschließlich auf einen weiteren Beschäftigungsabbau zurückzuführen.

Im ersten Quartal 2002 ging die Industrieproduktion weiter zurück (-1,6%), sodass hier noch keine konjunkturelle Wende zu beobachten ist. Für das gesamte Jahr 2002 wird in der Industrie nur mit einem Produktionswachstum von ca. 1,5% und im Agrarsektor von 1% gerechnet. In der Bauwirtschaft wird sogar ein weiterer Produktionsrückgang von ca. 5% erwartet. Die Hoffnungen auf ein Anziehen der Konjunktur richten sich auf die zweite Jahreshälfte 2002, in der verzögerte Impulse der Geld- und Fis-

kalpolitik die Binnennachfrage und eine günstigere Konjunktur in Deutschland die Exportnachfrage beleben sollen.

**Industrieproduktion insgesamt,
verarbeitendes Gewerbe und Exporte**
(reale Wachstumsraten gegenüber
dem Vorjahresmonat)



Arbeitsmärkte, soziale Lage

Die rezessiven Trends haben dramatische Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Die Arbeitslosigkeit erreichte Ende Dezember 2001 mit 17,4% (2000: 15%) den höchsten Stand seit der Transformationskrise und zugleich den höchsten aller O-ECD-Länder. Diese Tendenz setzte sich zum Jahresanfang 2002 fort, denn im April 2002 waren 17,8% der abhängig Erwerbstätigen ohne Beschäftigung. Kurzfristig ist nicht mit einer Entspannung der Arbeitsmarktlage zu rechnen. Dabei sind die regionalen Disparitäten weiterhin stark ausgeprägt. Während die Arbeitslosigkeit in der zentralpolnischen Region Masowien bei 12,9% liegt, erreicht sie in den Regionen Ermland-Masuren und Westpommern 28,7%, in den strukturschwachen und ländlichen Kreisen Masurens sogar über 33%.

Die steigende Arbeitslosigkeit ist nicht nur Folge der Wachstumsabschwächung, sondern auch der umfangreichen Restrukturierungsmaßnahmen in defizitären Branchen wie der Kohle-, Stahl- und Bauindustrie. Hohe Lohnnebenkosten und der nach wie vor stark regulierte Arbeitsmarkt verschärfen die Situation noch. Zusätzlich hat Polen mit einem starken Zustrom geburtenstarker Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt zu kämpfen. Seit 1998 ist die Zahl der Erwerbstätigen um ca. 3% gestiegen, wobei gleichzeitig ca. 1 Mio. Arbeitsplätze verloren gingen. Der Anteil der Arbeitslosen bis 24 Jahre hat sich zum Jahresende 2001 zwar gegenüber dem Vorjahr leicht von 30% auf 29,5% verringert, ist doch immer noch erschreckend hoch. Gleiches gilt für den Anteil der Langzeitarbeitslosen, der über 40% liegt. Polen steht damit gewaltigen Problemen auf dem Arbeits-

markt gegenüber, die nach Expertenmeinung mit einem langfristigen jahresdurchschnittlichen Wachstum von 5% gelöst werden können.

Staatshaushalt und Fiskalpolitik

Die schwierige Wirtschaftslage 2001 wurde zudem von massiven fiskalpolitischen Problemen begleitet. Bereits 1999 und 2000 verfehlte die Fiskalpolitik die anvisierten Ziele, doch blieb das Haushaltsdefizit in einem vertretbaren Rahmen (zwischen 3% und 4% des BIP). Schon im Mai 2001 erreichte dagegen der Haushalt den für das gesamte Jahr prognostizierten Fehlbetrag, und Finanzminister Belka schockierte die Öffentlichkeit mit seiner Prognose, dass bei unveränderter Ausgabenpolitik das Defizit 2001 auf über 7% und 2002 sogar auf 11% des BIP steigen könnte. Zwar trat dieses Schreckensszenario nicht ein, doch erreichte das Haushaltsdefizit mit 4,5% einen Rekord, der die mühsam erzielte wirtschaftspolitische Glaubwürdigkeit Polens bedroht. Eine fiskalpolitische Konsolidierung ist dringend geboten, weil sich die mühsam reduzierte Gesamtverschuldung von derzeit 43,4% des BIP wieder auf die in der Verfassung festgelegte Grenzmarke von 60% erhöhen kann. Zudem wird durch die hohe Verschuldung die Kreditvergabe für den Privatsektor beeinträchtigt (d.h. die Kredite werden teurer), und die Leistungsbilanz könnte zusätzlich belastet werden.

Geeignete Lösungsansätze setzen eine entsprechende Diagnose voraus. Das gestiegene Defizit ist Folge einer kombinierten Entwicklung zyklischer und struktureller Faktoren: Erstens hat die Konjunkturlaute insofern ihre Spuren hinterlassen, als geringeres Wachstum und niedrigere Inflation zu geringeren Steuereinnahmen führten. Sie lagen um ca. 13% unter der projektierten Größe. Zweitens haben geringere Privatisierungserlöse (nur ca. 36% der vorgesehenen Mittel) die Situation auf der Einnahmenseite weiter verschärft. Drittens fallen die Reformen im Gesundheits- und Rentensystem u.a. wegen entsprechender Anschubfinanzierungen kostspieliger aus als erwartet. Viertens belasten die relativ hohen Realzinsen zur Finanzierung des Staatsdefizits den Haushalt zusätzlich. Fünftens haben steigende Transfers und Subventionen an die privaten Haushalte, Landwirtschaft und Staatsbetriebe sowie die Lohngeschenke im Zusammenhang mit den Wahlen die Fiskalsituation weiter verschärft.

Nach den Wahlen hat die neue Mitte-Links-Regierung dem Parlament im November einen neuen Haushaltsentwurf vorgelegt, der sich im wesentlichen an die Vorgaben der alten Regierung hält. Während frühere Schätzungen von einem 14%-igen Zuwachs der zentralen Staatsausgaben ausgingen, sollen sie nunmehr nur um 4% steigen. Dies soll durch Einfrieren der Löhne im öffentlichen Dienst,

durch Kürzungen der Sozialausgaben und mittels Verzögerung bzw. Streichung von Investitionsprojekten erreicht werden. Zudem wurden neue Steuern auf Elektrizität und Zinserträge eingeführt, und die Bemessungsgrundlage für bestehende Steuern wurde erweitert. Die polnische Zentralbank bewertet allerdings die Fiskalpolitik wegen zu geringer Kürzungen und der Steuererhöhungen, die wiederum den Wachstumsprozess hemmen, eher kritisch. Hinzu kommt, dass das Parlament eine Erhöhung der Staatsausgaben gegenüber dem Budgetentwurf von ca. 1 Mrd. Zloty (ca. 0,15% des BIP) durchsetzte. Für 2002 wird mit einem konsolidierten Haushaltsdefizit von 5,2% des BIP gerechnet.

Inflation und Geldpolitik

Angesichts der konjunkturellen Abkühlung ist die Forderung der Regierung und des Parlaments nach einer geldpolitischen Lockerung zum Dauerthema der polnischen Politik geworden. Da Notenbankchef Leszek Balcerowicz und sein Zentralbankrat sich diesem Druck widersetzen, wurden Stimmen laut, die Unabhängigkeit der Bank in geldpolitischen Entscheidungen einzuschränken. Der Konflikt spitzte sich im ersten Quartal 2002 weiter zu, als die Zentralbank entgegen den Resolutionen des Parlaments und den Forderungen des Ministerpräsidenten die Zinsen nicht senkte. Trotz dieses massiven Drucks besitzt Balcerowicz in dem Machtpoker insofern gute Karten, als die Unabhängigkeit der Zentralbank verfassungsrechtlich verankert ist und die Europäische Zentralbank sowie der Internationale Währungsfonds den politischen Druck scharf verurteilen. Wie ist die polnische Geldpolitik einzuschätzen und welche Spielräume besitzt sie?

Schon 2000 hat die Zentralbank angesichts des inflationären Drucks in Kombination mit dem hohen Leistungsbilanzdefizit sowie wegen steigender Staatsausgaben eine zunehmend restriktive Geldpolitik verfolgt, die sie 2001 konsequent fortsetzte. Tatsächlich gelang es, die Inflation von 12% im Juli auf 8% im Dezember (jeweils gegenüber dem Vorjahresmonat) zu reduzieren. Im Jahresdurchschnitt stiegen die Konsumgüterpreise 2000 noch um 10,1%, 2001 aber nur mehr um 5,5% und im Dezembervergleich sogar nur noch um 3,5%. Dies ist weit mehr als man für 2001 (Zielgröße 6%) und sogar für 2002 (Zielgröße 4% bis 6%) erreichen wollte. Die saisonal bereinigte Inflationsrate lag im ersten Quartal 2002 sogar unter 1%. Der Rückgang der Gesamtnachfrage und die moderaten Lohnabschlüsse haben diesen Prozess unterstützt.

Angesichts der sinkenden Preissteigerungsraten und der sich anbahnenden rezessiven Auswirkungen sowie der hohen Arbeitslosigkeit ist die Kritik an der Zentralbank sicherlich zu verstehen. Sie hat jedoch nach einigem Zögern Anfang 2001 reagiert

und die Zinssätze in mehreren Schritten bis zum ersten Quartal 2002 um 950 Basispunkte gesenkt. Der Vorwurf lautet allerdings, dass dies verspätet und zu zögerlich vorgenommen wurde, denn die Realzinsen blieben für die Unternehmen im Jahresdurchschnitt 2001 mit ca. 6% zu hoch, was sich zweifellos bremsend auf die Investitionen auswirkte.

Die Gegenargumente beziehen sich darauf, dass die überraschend niedrige Inflation auch auf besondere Faktoren (niedrige Benzinpreise, starker Zloty) zurückzuführen ist, die möglicherweise nicht von dauerhafter Natur sind. Geldpolitisch zu rasch gegenzusteuern ist deshalb riskant. Zudem wird das hohe Zinsniveau der Geschäftsbanken auch durch eine Verschlechterung ihres Kreditportefeuilles (ca. 16% notleidender Kredite) mitbestimmt. Der grundsätzliche Angriff auf die Zentralbank wirkt jedoch eher kontraproduktiv, da schon aus prinzipiellen Gründen massivere Zinsschritte die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik untergraben würden. Zudem ist zweifelhaft, ob die Regierung im fiskalpolitischen Bereich die Voraussetzungen für entsprechende Zinssenkungen geschaffen hat. Eine engere Kooperation zwischen Regierung und Zentralbank im Rahmen der üblichen Abstimmungsmechanismen würde sicherlich weitere moderate Zinssenkungen (wie zuletzt im April 2002 um 50 Basispunkte) ermöglichen. Das Ziel, die Inflationsrate 2003 unter 4% zu halten, sollte weiter verfolgt werden.

Außenhandel, Zahlungsbilanz und ausländische Direktinvestitionen

Die Außenwirtschaft hat sich 2001 ähnlich wie im Vorjahr stabilisierend auf die Wirtschaftslage ausgewirkt. Die Exporte sind 2001 gegenüber dem Vorjahr, in USD berechnet (laufende Preise, Angaben der Zollstatistik) um 14% gestiegen (2000: 15,5%). Dies ist nur eine gewisse Exportabschwächung gegenüber dem Vorjahr und angesichts der westlichen Konjunkturlaute noch ein beachtliches Ergebnis. Offensichtlich haben die Unternehmen angesichts der Produktivitätssteigerungen ihre Wettbewerbsposition behaupten können und/oder sich mit niedrigeren Gewinnmargen zufrieden gegeben, um ihre Position an den ausländischen Märkten zu halten. Allerdings ist im Jahresverlauf eine deutliche Abschwächung der Exportdynamik zu verzeichnen.

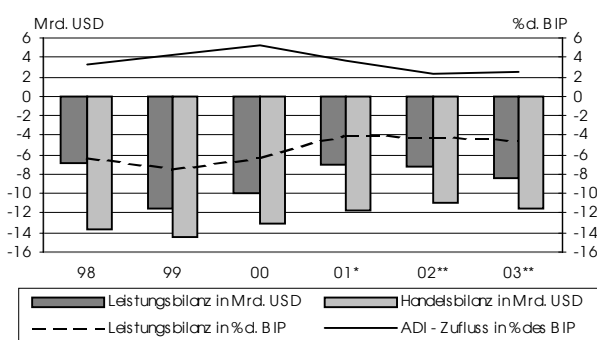
Ähnlich wie in den Jahren zuvor divergieren die Angaben zwischen der Zahlungsbilanz- und der Außenhandelsstatistik vor allem wegen der unterschiedlichen Erfassung des grenznahen Kleinhandels. Auch die Angaben der Zahlungsbilanzstatistik zeigen für 2001 ein positives Bild mit einer Exportsteigerung von 7,2%. Diese in USD dargestellte Exportentwicklung wird allerdings durch Wechselkurseffekte verzerrt, da der Euro gegenüber dem USD schwach blieb und Polen etwa 50% des Handels mit der Euro-

Zone abwickelt. Die positiven Exportergebnisse sind auch angesichts der realen Aufwertung des nunmehr frei floatenden Zloty (seit 1999 um ca. 25%) beachtlich. Obwohl sich die Zinsdifferenzen zwischen Polen und dem USD- sowie dem Euro-Währungsraum halbiert haben, waren die Zinsanreize offensichtlich groß genug, um Portfoliokapitalzuflüsse in beachtlichem Ausmaß zu induzieren.

Aufgrund der rezessiven Inlandskonjunktur stiegen die Einfuhren in USD berechnet deutlich langsamer als die Exporte, d.h. um 2,7% (Zollstatistik) bzw. 1,3% (Zahlungsbilanzstatistik). Das im Vergleich zu den Exporten geringere Importwachstum führte letztlich dazu, dass das Handelsbilanzdefizit (Zahlungsbilanzstatistik) auf 11 Mrd. USD sank (2000 13,1 Mrd. USD). Auch die Zollstatistik weist ein geringeres Defizit von 14,1 Mrd. USD aus (2000 17,3 Mrd. USD). Das niedrigere Defizit der Handelsbilanz drückte auch das Leistungsbilanzdefizit auf 4% des BIP (2000: 6,3%). Polens außenwirtschaftliche Position ist somit vergleichsweise solide.

Allerdings setzt sich im ersten Quartal 2002 die schon in der zweiten Hälfte 2001 zu beobachtende Exportschwäche fort. Die Wiederbelebung der westeuropäischen, insbesondere deutschen Konjunktur läßt auf sich warten. Dennoch wird für 2002 mit einem realen Exportwachstum von 4% bis 5% und einem moderaten Leistungsbilanzdefizit von 4,2% des BIP gerechnet. Damit wäre Polen außenwirtschaftlich auf einem soliden Pfad, zumal es über Währungsreserven von ca. 27 Mrd. USD verfügt, die den Importbedarf von über 7 Monaten und fast 300% der kurzfristigen Kredite decken können.

Leistungs- und Handelsbilanzsaldo (Mrd. USD) und ADI-Zufluss (in % des BIP) 1998 bis 2003



Leistungsbilanz- und Handelsbilanzsaldo in Mrd. USD (linke Seite); Leistungsbilanzsaldo und ADI-Zufluss in % des BIP (rechte Seite).

* Schätzung; ** Prognose.

Quelle: Polnische Nationalbank.

Trotz gewisser Abschwächung im Zustrom ausländischer Direktinvestitionen (ADI) kann Polen noch immer einen Großteil des Leistungsbilanzdefizits dadurch finanzieren. Einige Investitionsprojekte wurden wegen des unsicheren Wahlausgangs, der

schwachen Konjunkturlage und der unklaren Privatisierungsstrategie verschoben. Nach Zahlungsbilanzangaben betrug der Nettozufluss von ADI 6,8 Mrd. USD (2000 8,1 Mrd. USD) nach Angaben der Investitionsbehörde 7,1 Mrd. USD (2000 10,6 Mrd. USD). Der kumulierte Betrag erreicht damit seit 1990 ca. 63,8 Mrd. Euro. Der Zufluss deutscher Investitionen nach Polen betrug 2001 1,3 Mrd. Euro (2000 0,8 Mrd. Euro). Für das Jahr 2002 wird insgesamt mit geringeren ADI-Zuflüssen von ca. 4 Mrd. USD gerechnet.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen, Privatisierung, Strukturwandel

Die Privatisierung ist in Polen recht weit vorangeschritten. Während sich 1990 noch ca. 8500 Unternehmen im Staatsbesitz befanden, sind es derzeit rund 2100. Der Anteil des Privatsektors am BIP ist im gleichen Zeitraum von ca. 31% auf 72% des BIP gestiegen. Im Jahr 2001 wurden etwa 170 Unternehmen mit einem Verkaufserlös von 1,8 Mrd. Euro in private Hände überführt. Die Privatisierung ist insofern in eine schwierige Phase getreten, als rentable Unternehmen bereits verkauft sind und nunmehr überwiegend Problemfirmen angeboten werden. Dennoch zeigt sich der neue Minister des „Schatzamt“ Wiesław Kaczmarek zuversichtlich, 2002 ca. 290 Unternehmen (unter ihnen der polnische Gasmonopolist PGNiG und Energieversorger STOEN) über die Börse bzw. durch Direktverkauf zu privatisieren und einen dem Vorjahr entsprechenden Verkaufserlös von 1,8 Mrd. Euro zu erzielen.

Dabei werden jedoch neue Akzente in der Privatisierungspolitik gesetzt. Kaczmarek kritisiert, die alte Regierung habe viele Unternehmen aus rein fiskalischen Gründen zu schnell veräußert und andere wichtige Effekte, u.a. die Beschäftigungssituation vernachlässigt. Der Vorwurf lautet dabei, dass privatisierte Unternehmen häufig ihre Zulieferfirmen wechseln, mit der Folge zusätzlicher Entlassungen. Zudem wird kritisch angemerkt, dass der Telekom-Bereich an ein staatliches Unternehmen im Ausland verkauft wurde. Die neue Privatisierungskonzeption sieht vor, verbliebene Staatsunternehmen in größeren Einheiten zu bündeln und als Gesamtpaket abzugeben. Dies gilt insbesondere für die Problemsektoren (Stahl, Chemie, Bergbau, Verteidigung), die vor dem Verkauf nunmehr umstrukturiert werden sollen. Es ist allerdings fraglich, ob diese Zusammenführung kostenreduzierende Synergieeffekte freisetzt. Die Befürchtung ist eher, dass diese neuen Einheiten weniger flexibel und damit weniger attraktiv für ausländische Investoren sind.

Es gibt weitere Anzeichen für eine Verlangsamung der Privatisierung. So wurde die Übernahme der polnischen Versicherung PZU durch den niederländischen Finanzkonzern Eureko rückgängig

gemacht. Das rasche Revirement wichtiger Posten in Staatsunternehmen, die nunmehr von treuen Gefolgsleuten besetzt werden, ist nicht geeignet, die ohnehin starken internen Widerstände gegen die Privatisierung zu überwinden. Zudem wurde offiziell angekündigt, im Bankensektor, der bereits einen ausländischen Kapitalanteil von 70% aufweist, keine weiteren Verkäufe durchzuführen. Abgesehen von der offenen Frage, ob dann die anvisierten Privatisierungserlöse erreicht werden können, ist darin auch ein stärkerer Trend zum Staatsinterventionismus zu erkennen. Die verbliebenen vier großen Staatsbanken sollen nunmehr die Kreditvergabe an Problemsektoren regeln sowie den Wohnungsbau, Infrastrukturprojekte und die Mittelstandsförderung unterstützen. Damit dürfte sich deren Finanzlage, die ohnehin durch einen hohen Anteil „notleidender Kredite“ gekennzeichnet ist, weiter verschlechtern.

Diese „aktive Rolle“ der Staatsbanken ist eingebunden in ein neues Wirtschaftsprogramm, das Ende Februar vom Parlament angenommen wurde. Das Programm zielt darauf, das Wirtschaftswachstum zu stärken, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren und die internationale Wettbewerbsfähigkeit Polens zu verbessern. Dabei geht man von einem Wirtschaftswachstum im Jahre 2002 von nur 1% aus, für 2003 werden jedoch schon 3% und für 2004 5% anvisiert. Die makroökonomische Grundannahme dieser Prognosen ist, dass die Zentralbank weiter die Geldpolitik lockert und es zu keiner weiteren realen Aufwertung des Zloty kommt. Dies erklärt auch, warum die Regierungskoalition den Druck auf die Zentralbank einschließlich der jüngsten Initiativen zur Einschränkung ihrer Unabhängigkeit verstärkt. Die neuesten Gesetzentwürfe sollen zwar EU-konform bleiben, doch will man die Mitgliederzahl im „Geldpolitischen Rat“ (dem zinspolitischen Entscheidungsgremium) um sechs vom Sejm und Senat zu wählende Personen erhöhen. Da die beiden Häuser von der Regierungskoalition beherrscht werden, wäre damit eine Machtverschiebung in der Zentralbank zugunsten einer lockeren Geldpolitik möglich. Ob dieses durchsichtige Manöver gelingt, ist sicherlich nicht nur eine Frage der internen politischen Auseinandersetzungen in Polen, sondern auch des Drucks ausländischer Institutionen wie der EU und des IWF.

Auf der Angebotsseite sieht das Programm vor, bürokratische Hindernisse insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen zu beseitigen sowie über 45 Mrd. Euro privater Finanzmittel mittels Staatsgarantien für mehrjährige Infrastrukturprojekte zu mobilisieren. Diese Mittel sollen vor allem in den Straßen- und Wohnungsbau fließen. Die Regierung will

Wirtschaftsbelebung und neue Arbeitsplätze auch durch eine partielle Liberalisierung des Arbeitsmarktes erreichen. Arbeitgeber sollen künftig unbefristete Arbeitsverträge abschließen können, größere Flexibilität in der Arbeitszeitfestlegung erhalten und Überstunden geringer vergüten können. Zudem wird überlegt, die Minimallöhne für Erstbeschäftigte zu senken und bei Neueinstellung von Schulabgängern, den Arbeitgebern ihren Beitrag zur Sozialversicherung (ca. 20% des Bruttolohnes) für etwa ein Jahr zu erlassen. Diese Maßnahmen weisen in die richtige Richtung, doch wäre eine regionale Differenzierung der Minimallöhne sinnvoll, um die Beschäftigungslage in Regionen mit extrem hoher Arbeitslosigkeit zu entspannen.

Probleme der EU-Integration

2002 ist für Polen mit dem geplanten Abschluss der EU-Beitrittsverhandlungen ein entscheidendes Jahr. Das strategische Ziel, einen raschen EU-Beitritt (im günstigsten Falle wohl 2004) zu erreichen, ist jedoch auch von einer flexiblen und kompromissbereiten Verhandlungsführung Polens abhängig. Der Spielraum der neuen Koalitionsregierung aus sozialdemokratischer SLD, sozialistischer Arbeitsunion (UP) und der Bauernpartei PSL ist jedoch angesichts des innenpolitischen Drucks insbesondere seitens der Bauernlobby nicht groß. Es ist deshalb verständlich, dass sich die polnischen EU-Verhandlungspositionen nur langsam von den Maximalforderungen der konservativen Vorgängerregierung lösen. Erste Kompromisse im Bereich des Landerwerbs (Übergangsregelung für 10 bis 12 Jahre) zeichnen sich ab, doch werden die Vorstellungen Brüssels zu den landwirtschaftlichen Direktzahlungen strikt abgelehnt. Polen kritisiert die Ungleichbehandlung im Vergleich zu den jetzigen Mitgliedsländern, da die Einkommenssubventionen im Jahr 2004 ab einem Niveau von 25% der berechtigten Mittel ansteigen und erst in einem Zeitraum von fast 10 Jahren voll gewährt werden sollen. Allerdings erhalten die Beitrittsländer höhere Mittel bei der ländlichen Strukturförderung. Die Verhandlungen werden noch dadurch erschwert, dass Brüssel bezüglich der Produktionsquoten und Tierbestände weit hinter den Vorstellungen Polens zurückbleibt. In der zweiten Jahreshälfte 2002 stehen noch weitere kritische Bereiche, u.a. die Strukturpolitik und die Budgetfragen auf der Agenda, die sich zu Hindernissen für einen raschen EU-Beitritt Polens entwickeln können.

WOLFGANG QUAISSER

Polen

Fläche: 312,7 Tsd. km²; Bevölkerung: 38,632 Mio.

Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1997	1998	1999	2000	2001*	2002**
Wirtschaftsleistung							
Bruttoinlandsprodukt							
BIP, nominal	Mrd. PLZ	469,3	549,5	618,5	686,0	722,3	762,9
BIP, nominal	Mrd. USD	143,1	157,2	154,9	157,4	176,6	185,6
BIP, real	Veränd. gg. Vorj., %	6,8	4,8	4,1	4,1	1,1	1,0-1,8
BIP pro Kopf	USD						
	Amtl. Wechselkurs	3928	4080	4033	4109	4571,3	4808
	Kaufkraftparität	7970	8470	8920	9440	9637	.
BIP	Index 1989=100 ¹	111,4	116,8	121,5	126,4	127,7	129,1
Industrie	Index 1989=100 ¹	114,1	118,1	123,2	131,5	131,2	133,2
Produktionsentwicklung, real							
Industrie	Veränd. gg. Vorj., %	11,5	3,5	4,3	6,8	-0,2	1,0
Landwirtschaft	Veränd. gg. Vorj., %	-0,2	5,9	-5,6	-4,1	4,6	1,0
Bauwesen	Veränd. gg. Vorj., %	17,1	11,0	3,0	-1,0	-4,0	-5,0
Struktur lt. VGR							
Industrie	% des BIP	25,8	24,3	24,3	23,4	.	.
Landwirtschaft	% des BIP	4,8	4,3	3,9	3,3	.	.
Bauwesen	% des BIP	6,9	7,4	7,2	7,3	.	.
Dienstleistungen	% des BIP ²	(57,2)	(59,0)	(59,6)	(61,2)	.	.
Anteil des Privatsektors	% des BIP	65	66	70	72	.	.
Anteil des Privatsektors	% der Industrieprod.	64,2	69,1	69,8	71,9	.	.
Anteil des Privatsektors	% der Beschäftigten	68,8	70,8	72,3	73,3	.	.
Investitionen							
Brutto-Anlageinvestitionen	Reale Veränd. gg. Vorj., %	22,2	15,3	6,5	3,0	-10,2	1
Investitionsquote lt. VGR	% des BIP	23,5	25,1	25,5	25,1	22,0	21,9
Zufluss von Direktinvest., netto							
Zahlungsbilanzangaben	Mio. USD	3080	4966	6348	8168	6497	3760
darunter aus Deutschland	Mio. EUR	1148	1889	2316	820	1352	.
Arbeitsmarkt							
Beschäftigte, ges., JD	Mio. Personen	15,4	15,8	16,0	15,4	14,5	14,2
Männer	Mio. Personen	.	.	8,5	8,1	.	.
Frauen	Mio. Personen	.	.	7,5	7,3	.	.
in der Industrie	% d. Besch.	24,2	23,4	22,3	22,0	20,7	.
im Staatssektor	% d. Besch.						
Arbeitslosenquote, ges., JE	%	10,5	10,4	13,0	15,1	17,4	19
Männer	%	9,3	8,4	11,5	14,6	.	.
Frauen	%	13,0	11,8	13,2	18,3	.	.
Geldmengen- und Preisentwicklung							
Geldmenge M2, JE	Veränd. gg. Vorj., %	22,2	25,1	19,5	11,7	13,6	.
Zinssatz, jährl., JE	%, Rediskontsatz,	24,5	18,2	19,0	21,5	14	.
Realzins (PPI, lfd. Jahr), JD	%, jährl., aufg. Kredite	13,7	17,4	14,4	12,8	12,6	.
Inflationsrate							
Konsumgüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	14,9	11,9	7,3	10,1	5,5	4,0
Konsumgüterpreise, JE	Veränd. gg. Vorj., %	13,2	8,6	9,8	8,5	3,6	5,0
Industriegüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	12,2	7,3	5,6	7,8	1,6	0,8
Einkommen und Verbrauch							
Bruttolöhne, nominal, JD	Veränd. gg. Vorj., %	21,9	15,7	12,9	11,1	8,9	.
Bruttolöhne, real, JD	Veränd. gg. Vorj., %	5,9	3,3	4,7	1,0	3,3	.
Privater Verbrauch, real lt. VGR	Veränd. gg. Vorj., %	6,9	4,8	5,2	2,6	2,1	.
Einzelhandelsumsatz, real	Veränd. gg. Vorj., %	6,8	3,6	3,5	3,6	-0,2	.
Sparquote (priv. Haushalte)	% des verf. Eink.	13,1	13,2	10,8	9,6	.	.

Polen – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1997	1998	1999	2000	2001*	2002**
Lebensstandard							
Monatslohn, JD	USD,						
brutto	Amtl. Wechselkurs	325	355	430	443	504	.
brutto	Kaufkraftparität	696	737	955	1012	1063	.
Mindestlohn/Durchschn.-lohn	%
Altersrente/Durchschn.-lohn	%	60,6	59,5	47,8	45,5	47,1	.
Öffentliche Haushalte (kons.)							
Einnahmen	Mio. PLZ	119,7	126,5	125,9	135,7	140,3	145,1
Ausgaben	Mio. PLZ	125,6	139,8	138,5	151,1	172,9	185,1
Budgetsaldo	Mio. PLZ	-5,9	-13,3	-12,6	-15,4	-32,6	-40,0
Budgetsaldo	% des BIP	-2,6	-2,4	-2,0	-2,2	-4,5	-5,2
Öffentl. Verschuldung	% des BIP	46,9	42,9	44,5	38,9	43,4	46,8
Außenwirtschaft							
Außenhandel insgesamt							
Export	Mio. USD	25750	28230	27410	31650	36092	.
Import	Mio. USD	42310	47050	45750	48940	50275	.
Handelsbilanzsaldo	Mio. USD	-16560	-18830	-18340	-17290	-14183	.
Anteile wichtiger Handelspartner							
Export nach							
EU	% der Exporte	64,0	68,4	70,5	70,7	69,7 ³	.
Deutschland	% der Exporte	32,8	36,3	36,1	35,2	34,7 ³	.
GUS	% der Exporte	.	.	.	9,1	9,4 ³	.
Russland	% der Exporte	8,4	5,6	2,6	2,5	2,8 ³	.
CEFTA	% der Exporte	6,8	7,1	8,1	8,2	8,6 ³	.
Import aus							
EU	% der Importe	63,8	65,7	64,9	62,1	61,4 ³	.
Deutschland	% der Importe	24,1	26,4	25,2	24,2	24,1 ³	.
GUS	% der Importe	.	.	.	11,4	11,4 ³	.
Russland	% der Importe	6,4	5,1	5,9	9,0	9,1 ³	.
CEFTA	% der Importe	6,3	6,3	6,7	7,2	7,5 ³	.
Handel mit Deutschland							
Deutsche Ausfuhr	Mio. EUR	10565,9	12326,3	12348,8	14501,2	15225,1	.
Deutsche Einfuhr	Mio. EUR	7334,0	8405,4	9206,5	11912,5	13500,8	.
Deutscher Handelssaldo	Mio. EUR	3231,9	3920,9	3142,3	2588,7	1724,3	.
Gesamtwirtschaftl. Auslandsposition							
Leistungsbilanzsaldo	Mio. USD	-4312	-6858	-11569	-9978	7081	8333
	% des BIP (USD)	-3,4	-4,3	-7,5	-6,3	-4,0	-4,5
Währungsreserven, ges., JE	Mio. USD	21403	28275	27314	27467	26248	26675
der Nationalbank, JE	Mio. USD	20670	27382	27310	27467	.	.
Wechselkurs, JD	PLZ /USD	3.2808	3.4858	3.9671	4.3464	4.0939	4.1100
	PLZ /EUR	3,7100	3,9200	4,2270	4,0110	3,6685	3,6800
Realer Wechselkurs, JE	Index 1995=100	102,4	106,6	102,8	118,8	130,4	.
Terms of Trade	Index 1990=100	110,4	114,7	115,7	111,1	113,6	.
Auslandsverschuldung,							
Brutto, Dez.	Mio. USD	48914	56867	64350	63800	71670	.
Netto, Dez.	Mio. USD	14067	15400	24900	28200	23600	.
Brutto	% des BIP	34,2	36,2	41,7	40,2	40,6	.
Schuldenquote (brutto)	% der Exporte	158	168	234	201	199	.
Schuldendienstquote	% der Exporte	6,6	10,4	16,8	13,5	.	.

Anmerkung: * = vorläufige Angaben; ** = Prognose; JD = Jahresdurchschnitt; JE = Jahresende.

¹ Jahr vor dem ersten transformationsbedingten Einbruch; ² in % der Bruttowertschöpfung; ³ Januar-September.

Quellen: Quellen: Statistisches Hauptamt GUS, Zentrales Planungsamt: CUP, Polnische Nationalbank: NBP, Angaben des polnischen Sozialministeriums, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche: WIIW, Statistisches Bundesamt Wiesbaden.